



**FraktionsInfo**  
**Ausgabe September / Oktober**  
**2015**

**SPD-Fraktion in der**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

**Inhalt:**

Fraktion aktuell:	Klausur und Beschluss zum Doppelhaushalt 2016/17	Seite 2
	„Wir sind's“: Fraktion mit neuem Infolyer	Seite 3
Fraktion im Kiez:	... beim Pflegestützpunkt Pankow-Wilhelmsruh	Seite 4
Initiativen der SPD-Fraktion zur 34. BVV		Seite 5

**Pressemitteilung vom 23.09.2015:**

„Finanzplanung mit klarer sozialdemokratischer Handschrift“	Seite 15
---	----------

Herausgeber: SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin. Email: spd-fraktion-pankow@berlin.de, Internet: www.spd-fraktion-pankow.de. Redaktion: Rona Tietje (ViSdP), Bertram Schwarz, die Sprecherinnen und Sprecher für die Politikfelder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Fraktion wieder. Redaktionsschluss: 15.11.2015, Erscheinungsdatum: 18.11.2015

**Fraktion aktuell****Klausur und Beschluss zum Doppelhaushalt 2016/17**

Mit einer mehrtägigen Klausur in der Schorfheide hat die SPD-Fraktion am ersten September-Wochenende die Beratungen zum bezirklichen Doppelhaushalt wieder aufgenommen. In den Fachausschüssen wurden bereits vor der Sommerpause Prioritäten aufgestellt, auch die Fraktion beschäftigte sich in einer Klausur im Mai bereits mit dem Thema. Nun wurde erneut von Freitag bis Sonntag intensiv über den Haushaltsplan-Entwurf beraten, den das Bezirksamt vorgelegt hat. Konzentriert wurden Einnahmerisiken, Mehrbedarfe und Gegenfinanzierungsmöglichkeiten diskutiert und abgewogen.

Zunächst skizzierte Bezirksbürgermeister Matthias Köhne die Konsequenzen der jüngsten Globalsummen-Fortschreibung des Senats, also der Anpassung der Zuweisungssumme, die die Bezirke vom Land Berlin erhalten. Obwohl diese insgesamt gestiegen sind, hat sich der Pankower Anteil durch diverse Neuberechnungen verringert. Damit stand für den Haushalt 2016/17 im Ergebnis weniger Geld zur Verfügung.



Trotzdem konnten letztlich Kürzungen im Vergleich zum Haushaltsansatz 2014/15 vermieden und aus sozialdemokratischer Sicht wichtige Schwerpunkte gesetzt werden: Dazu gehört in erster Linie die längst überfällige Anpassung der Personalkosten bei freien Trägern um 2,3% im Jahr 2016 und noch einmal rund 2% im Jahr 2017. Hinzu kommt eine Stärkung des Sozial- und des Integrationsbereichs sowie eine Ausweitung der Mieterberatung. Außerdem wird dem wachsenden Bezirk Rechnung getragen, indem die benötigte Infrastruktur u.a. durch eine Sportentwicklungsplanung und das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Heinersdorf vorangetrieben wird.



All diese Punkte finden sich nun im Haushalt 2016/17 wieder, der auf der 34. Tagung der BVV am 23. September beschlossen wurde. Bemerkenswert war auch das Abstimmungsergebnis: Mit 35 Ja-Stimmen wurde kein Pankower Haushalt je zuvor mit einer breiteren Mehrheit beschlossen. Lediglich fünf Bezirksverordnete stimmten mit Nein, neun enthielten sich der Stimme.

***Fraktion aktuell*****„Wir sind's“: Fraktion mit neuem Infolyer**

Seit September informiert die SPD-Fraktion über sich und ihre Arbeit in einem neuen Falblatt. Darin sind unsere Bezirksverordneten und ihre politischen Arbeitsschwerpunkte dargestellt. Auch einige zentrale Positionen der Fraktion werden benannt, beispielsweise zum Thema „bezahlbare Mieten“. Zudem werden Aufbau und Arbeitsweise der Bezirksverordnetenversammlung beschrieben.

[Hier steht der neue Flyer zum Download bereit.](#)

Außerdem ist er im Büro der SPD-Fraktion (Fröbelstraße 17, 10405 Berlin) sowie in der SPD-Kreisgeschäftsstelle (Berliner Straße 30, 13189 Berlin) erhältlich.

## Fraktion im Kiez

### ... beim Pflegestützpunkt Pankow-Wilhelmsruh

In regelmäßigen Abständen treffen wir uns nicht in unseren Räumlichkeiten, sondern sind zu Besuch im Kiez. So auch am Montagabend des 12. Oktober, an dem die SPD-Fraktion im Pflegestützpunkt Pankow-Wilhelmsruh zu Gast war und sich über dessen Arbeit informierte. Die Pflegestützpunkte sind Anlaufstellen, die Betroffenen und Angehörigen eine neutrale Beratung bei Pflegebedürftigkeit bieten und vor allem eine Heimunterbringung verhindern, sollte diese unerwünscht sein. Die Mitarbeiterinnen des Wilhelmsruher Pflegestützpunkts haben zudem besondere Kompetenzen im Bereich der Versorgung pflegebedürftiger Kinder.

Dieser Bereich stellte auch den thematischen Schwerpunkt des Abends dar, denn wie uns die Mitarbeiterinnen mitteilten, fehlt an Schulen Behandlungspflegepersonal. Schon jetzt sind die existierenden Pflegedienste im Bezirk vollständig mit der Betreuung pflegebedürftiger alter Menschen ausgelastet, so dass die Betreuung von Kindern nur unzureichend sichergestellt werden kann. Dafür vorgesehene Schulhelferstunden, in denen Pflegekräfte betroffenen



Kindern zur Verfügung stehen, wurden reduziert und außerdem immer seltener genehmigt. Eltern sind somit oftmals auf den Klageweg angewiesen, um Unterstützung zu erhalten. In der Konsequenz sind sie häufig dazu gezwungen, ihre Berufstätigkeit aufzugeben. Die Kinder wiederum können nicht uneingeschränkt am Schulalltag teilhaben und sind damit deutlich benachteiligt. Mit der Umsetzung des Inklusionsziels ist eine Verschärfung der bereits jetzt massiven Defizite im bestehenden System absehbar, so dass hier deutlicher Handlungsbedarf besteht.

Verbesserungen könnten durch ein Modellprojekt erreicht werden, das derzeit in den Bundesländern Hessen und Brandenburg anläuft und in Potsdam von der AWO koordiniert wird. Dabei werden je 10 Schulpflegekräfte eingestellt, deren Finanzierung zwischen dem Schulträger und den verschiedenen Pflege-, Kranken- und Unfallkassen aufgeteilt wird. Es wurde vereinbart, hierzu nähere Informationen einzuholen und die Möglichkeit einer Beteiligung des Bezirks an dem Modellprojekt zu prüfen. Zudem wurde ein regelmäßiger Austausch mit den Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunkts verabredet, damit dieser interessante Abend auch langfristig wirkt.

**Bezirksverordnetenversammlungen am 23.09.2015****Initiativen der SPD-Fraktion**

Zur 34. ordentlichen Tagung der BVV Pankow standen neben dem Beschluss des Haushaltsentwurfs auch einige Anträge der SPD-Fraktion auf der Tagesordnung. Im Detail:

**Antrag:****Kaufkraftabflüsse reduzieren, neue Perspektiven für den Einzelhandel eröffnen  
(Drs. VII-1026)**

Die BVV möge beschließen:

Die BVV Pankow hält es angesichts des sich beschleunigenden Bevölkerungswachstums für erforderlich, dass die Planwerke des Bezirks Pankow viel stärker als perspektivische Angebotsplanungen mit dem Planungshorizont 2030 oder darüber hinaus und weniger als beschreibende Bestandsplanwerke der Ist-Zustände verfasst werden.

Vor diesem Hintergrund ersucht die BVV das Bezirksamt Pankow, eine grundlegende Strategie zu erstellen, mit der eine Verknüpfung des Bevölkerungswachstums, des Kaufkraftabflusses und der Nachholpotenziale bei der Ausweisung von Verkaufsflächen im Bezirk Pankow erfolgt.

Folgende Rahmenvorgaben sind in die Strategie einzustellen:

1. Für die Erstellung der Strategie ist die obere Variante der Bevölkerungsprognose der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt von 2012 zuzüglich der eigenen Erkenntnisse des Bezirksamtes gemäß der Beantwortung der Kleinen Anfrage 0792/VII zu verwenden. Alternativ ist auf die in der Erarbeitung befindliche Bevölkerungsprognose 2015 der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt abzustellen.
2. In der Strategie ist ausführlich darzustellen und genau zu belegen, mit welchen konkreten Maßnahmen die in allen Gutachten festgestellten und beschriebenen Kaufkraftabflüsse reduziert werden können. Die Strategie soll insbesondere aufzeigen, welche Angebotsqualitäten (z.B. Warengruppen und Betriebstypen) bisher fehlen und mit welchen Maßnahmen qualitative und quantitative Verbesserungen erfolgen können.
3. Die BVV Pankow verfolgt mit der Strategie das Ziel, das Angebot an Verkaufsflächen durch Ausweisung entsprechender Flächen in bestehenden

bezirklichen Zentren und gegebenenfalls zusätzlichen bezirklichen Zentren bis zum Jahr 2030 auszuweiten. Die Annäherung an den berlinweiten Durchschnitt von derzeit 1,24 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche je Einwohnerin bzw. Einwohner dient dafür als Orientierungsgröße für mögliche Nachholpotenziale. Diese sind im Rahmen der Strategie zu konkretisieren. Die Strategie soll die Möglichkeiten zur Deckung dieser Nachholpotenziale nachvollziehbar in einem geeigneten Handlungsrahmen aufzeigen. Dieser soll die Handlungsbedarfe bei den gemäß dem bezirklichen Zentrenkonzept 2005 vorhandenen Zentren darstellen und klar aufzeigen, wo, warum und welche bestehenden Zentren höherwertig ausgebaut werden können und welche zusätzlichen Zentren erforderlich sind.

Die genaue Ausrichtung und inhaltliche Ausgestaltung der Strategie ist mit der BVV in regelmäßigen Arbeitssitzungen abzustimmen. In diesen Sitzungen wird gemeinsam über das weitere Vorgehen und die nächsten Arbeitsschritte entschieden.

Die Ergebnisse der Strategieentwicklung sind nach Vorstellung in und Abnahme durch die BVV in einer mit der BVV abzustimmenden Form in das bezirkliche Einzelhandel- und Zentrenkonzept zu übernehmen.

---

Die bisher bekannt gewordenen Arbeiten am bezirklichen Einzelhandels- und Zentrenkonzept deuten daraufhin, dass wesentliche Aspekte der Bezirksentwicklung zu kurz und nicht vertiefend genug betrachtet werden (können). Deshalb sind vertiefende Arbeiten und eine grundsätzliche Verständigung über die Ziele und Maßnahmen zur weiteren Entwicklung des Einzelhandels und der bezirklichen Zentren zwingend erforderlich.

### **Bevölkerungsentwicklung**

Im Rahmen der Beantwortung der Kleinen Anfrage 0792/VII „Bevölkerungsentwicklung in Pankow“ hat das Bezirksamt deutlich gemacht, dass die tatsächliche Einwohnerentwicklung im Bezirk erheblich über der oberen Variante der Bevölkerungsprognose für Berlin stattfindet und somit schneller erfolgt und weitaus höher ausfällt. Außerdem führte das Bezirksamt aus, „dass nunmehr der obere Ansatz der Bevölkerungsprognose 2012 als Planungsgrundlage angenommen wird und nicht mehr die mittlere Variante. Bei den Zahlen, die die Fachabteilungen, insbesondere Schulamt und Jugendhilfeplanung, zur Bedarfsermittlung verwenden, wird zusätzlich die Bautätigkeit im Bezirk berücksichtigt.“ Dieses Vorgehen wird seitens der BVV begrüßt. Deshalb ist bei allen Planwerken und somit auch bei der Erstellung von Einzelhandels- und Zentrenkonzepten mindestens die obere Variante der Bevölkerungsprognose anzuwenden.

	Bevölkerungs- prognose SenStadtUm Obere Variante	Bevölkerungs- prognose SenStadtUm Mittlere Variante	Reale Ein- wohnerzahl jeweils zum 31.12.	Differenz zur oberen Variante	Differenz zur mittlere- ren Variante
2011 Basisjahr	365.021	365.021	365.021	0	0
2012	371.357	371.049	370.937	-420	-112
2013	377.022	377.138	377.532	+510	+1.394
2014	382.483	380.701	384.367	+1.884	+3.666
2015	387.536	384.763			
2016	392.840	389.030			
2017	397.876	393.197			
2018	402.513	397.029			
2019	406.631	400.392			
2020	410.473	403.486			
2021	414.641	406.859			
2022	418.563	409.966			
2023	422.119	412.703			
2024	425.460	415.222			
2025	428.623	417.509			
2026	431.467	419.461			
2027	434.150	421.210			
2028	436.594	422.679			
2029	438.795	423.894			
2030	440.693	424.798			

### Kaufkraft

Das Bezirksamt führt in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 0794/VII „Kaufkraft im Bezirk Pankow“ aus: „Die einzelhandelsrelevante Kaufkraftkennziffer beschreibt das Verhältnis der in einer räumlichen Teileinheit vorhandenen einzelhandelsrelevanten Kaufkraft pro Einwohner zur einzelhandelsrelevanten einwohnerbezogenen Kaufkraft in der gesamten Bundesrepublik. Die einzelhandelsrelevante Kaufkraftkennziffer pro Kopf gibt die prozentuale Abweichung der Pro-Kopf-Einzelhandelsrelevanten-Kaufkraft vom Bundesdurchschnitt (Indexwert = 100) an.

Mit einem Zuwachs an Bewohnern steigen ebenfalls die einzelhandelsrelevante Kaufkraft und damit die absatzwirtschaftlichen Potenziale für die Verkaufsfläche an. Es ist dabei zu beachten, dass der Einzelhandelsanteil an den privaten Konsumausgaben generell prozentual sinkt.“

Gemäß der Beantwortung der Kleinen Anfrage 0794/VII „Kaufkraft im Bezirk Pankow“ wurde für den Bezirk Pankow 2013 ein Kaufkraftniveau von 94,7 ermittelt. Im StEP Zentren 3 des Berliner Senats vom Juli 2011 wird das Kaufkraftniveau für Berlin mit 93,9

und für Pankow mit 92,9 angegeben Damit ist das Kaufkraftniveau im Bezirk Pankow in nur zwei Jahren um 1,8 Punkte gestiegen. Mittlerweile dürfte es vermutlich weiter – und vor allem noch stärker – angestiegen sein. Der starke Anstieg des Kaufkraftniveaus wird bisher kaum in den Planungen des Bezirks berücksichtigt. Dadurch greifen die bisherigen Analysen zu kurz und führen zu falschen Rückschlüssen und Empfehlungen, insbesondere in Bezug auf die ausgewiesenen und auszuweisenden Zentren.

**Nachholpotenziale bei den Verkaufsflächen**

Die Verkaufsfläche im Bezirk Pankow beträgt gemäß der Beantwortung der Kleinen Anfrage 0793/VII „Verkaufsflächen in Berlin nach Bezirken“ 437.820 m² (ohne Leerstand, Verkaufsflächen gerundet). Angesichts der Einwohnerzahl von 384.367 Personen am 31.12.2014 entspricht das einer Verkaufsfläche pro Einwohner von 1,14 m². Damit weist der Bezirk eine deutlich unterdurchschnittliche Ausstattung mit Verkaufsflächen auf, die nur von wenigen anderen Bezirken unterboten werden dürfte.

Verkaufsflächen in Berlin und Pankow

	Berlin gesamt	Bezirk Pankow	
Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2014	3.562.200 EW	384.367 EW	
Verkaufsfläche pro Einwohnerin bzw. Einwohner	1,241 m²	1,139 m²	1,241 m²
Verkaufsfläche gemäß KA-0793/VII vom 26.05.2015	4.421.000 m²	437.820	477.033

Die Gesamtverkaufsfläche in Berlin gibt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit 4.421.000 m² (ohne Leerstand, Verkaufsflächen gerundet) mit gleichem Stichtag an. Bezogen auf die 3.562.200 gemeldeten Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich somit ein berlinweiter Durchschnitt von 1,24 m². Das entspräche einer Verkaufsfläche von 477.033 m² für den Bezirk Pankow. Das Nachholpotenzial beträgt also aktuell bereits knapp 40.000 m² Verkaufsfläche.

Neben dem Anstieg der Bevölkerungszahlen und der steigenden Kaufkraft kommt somit eine deutlich unterdurchschnittliche Ausstattung mit Verkaufsflächen hinzu. Das bedeutet nicht, dass es im Bezirk nicht genügend Handelseinrichtungen für die Deckung des täglichen Bedarfs gibt. Vielmehr deutet es daraufhin, dass es insbesondere bei den zentrenrelevanten Angeboten und zur Deckung der periodischen und höherwertigen Bedarfe nicht genügend Angebote gibt, die zugleich nicht über die erwartete Angebotsqualität und -vielfalt verfügen.



## Sehr hohe Nachholpotenziale bei der Verkaufsfläche im Bezirk Pankow

Einwohnerprognose für Pankow	EW in Pankow	Verkaufsfläche pro EW		Differenz zum IST bei in m <sup>2</sup> /EW	
		1,139	1,241	1,139	1,241
2030 mittlere Variante	424.798	483.874	527.211	46.054 m <sup>2</sup>	89.391 m <sup>2</sup>
2030 obere Variante	440.693	501.979	546.938	64.159 m <sup>2</sup>	109.118 m <sup>2</sup>

Für das formulierte Ziel der Angleichung der Verkaufsfläche an den Berliner Durchschnitt ergibt sich unter der zu verwendenden oberen Variante der Prognose der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt von 2012 bis zum Jahr 2030 ein Nachholpotenzial von 109.000 m<sup>2</sup>. Selbst bei einer Verwendung der mittleren Prognosevariante ist immer noch ein Nachholpotenzial von 90.000 m<sup>2</sup> vorhanden. Auch wenn der Bezirk auf die Angleichung an den Berliner Durchschnitt verzichtet und weiterhin mit mittleren Prognosevariante rechnet ist immer noch eine Verkaufsflächennachholpotenzial von 64.000 m<sup>2</sup> vorhanden. Diese Zahlen haben deshalb eine so hohe Bedeutung, weil das Bezirksamt selber innerhalb des Hauptzentrums Pankow (Breite Straße/Berliner Straße) nur gemäß der Kleinen Anfrage 0197/VII eine realistische Verkaufsfläche nach Verdichtung von 42.000 m<sup>2</sup> gegenüber den vorhandenen 31.000 m<sup>2</sup> sieht. Das Nachholpotenzial entspricht damit mindestens der doppelten Verkaufsfläche der im Hauptzentrum Pankow vorhandenen Verkaufsfläche.

Vor dem Hintergrund dieser sehr begrenzten Verdichtungsmöglichkeiten in den beiden Pankower Hauptzentren stellt sich also die Frage der Ermöglichung von Flächenbereitstellungen für den (großflächigen) Einzelhandel über die Grenzen und Kulissen des bezirklichen Zentrenkonzeptes von 2005 hinaus viel grundsätzlicher als dies bisher berücksichtigt wurde.

Mit der Strategie sollen somit die benötigten Grundlagen erarbeitet werden, um eine nachhaltige, an den künftigen Bedarfen und ermittelbaren Potenzialen orientierte Entwicklung des Einzelhandelsangebots im Bezirk Pankow bis zum Jahr 2030 zu ermöglichen.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

**Antrag:****Pankow wird "Kinderfreundliche Kommune" (Drs. VII-1027)**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Möglichkeit einer Bewerbung des Bezirks Pankow um eine Auszeichnung als „Kinderfreundliche Kommune“ zu prüfen und damit das bezirkliche Handeln anhand von internationalen Standards verstärkt auf Kinder und Jugendliche auszurichten.

---

Das Bewerbungs- und Prüfverfahren erfolgt durch den Kinderfreundliche Kommunen e.V., einer Initiative von UNICEF und dem Deutsches Kinderhilfswerk e.V., auf Grundlage internationaler Standards. Dazu hat das UNICEF Innocenti Research Centre in Florenz Standards und Instrumente entwickelt, die ein partizipatives kommunales Management unterstützen. Die neun Bausteine auf dem Weg in eine kinderfreundliche Kommune sind danach:

- Beteiligung von Kindern
- Kinderfreundliche Rahmgebung für den Ausbau der Rechte von Kindern
- Übergreifender Aktionsplan zur Verbesserung der Kinderfreundlichkeit
- Interessenvertretung für Kinder
- Berücksichtigung von Interessen von Kindern als permanenter Prozess
- ein ausgewiesener Kinderetat
- regelmäßiger Bericht der Kinderfreundlichen Kommune
- Informationen über Kinderrechte
- Unterstützung von Kinderrechtsorganisationen vor Ort


Der Verein Kinderfreundliche Kommune e.V. zeichnet Städte und Gemeinden aus, die für die lokale Umsetzung der Kinderrechte, unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen, verbindliche Ziele und einen Aktionsplan entwickeln. Ziele sind insbesondere die Aufwertung vorhandener Strukturen, eine stärkere Öffentlichkeitswirksamkeit über das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ sowie die mögliche Akquise von Fördermitteln.

Das Verfahren dient der Weiterentwicklung einer konsequenten kinderfreundlichen Stadtpolitik unter professioneller Begleitung, soll Aufmerksamkeit verschaffen und das

Profil einer kinderfreundlichen Stadtentwicklung schärfen. Während des gesamten Prozesses wird die Kommune durch die unabhängige Sachverständigenkommission und den Kinderfreundliche Kommunen e.V. begleitet und beraten. Die Sachverständigen liefern einen Zwischen- und einen Abschlussbericht. Sie hinterfragen die inhaltliche und finanzielle Prioritätensetzung in Bezug auf den Schutz, die Förderung und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Teile der Bausteine werden in Pankow bereits umgesetzt, z.B. mit dem Pankower Beteiligungskonzept für Kinder und Jugendliche.

Die Auszeichnung „Kinderfreundliche Kommune“ gilt vier Jahre lang. Danach kann ein weiterentwickelter Aktionsplan beschlossen und die Zielvereinbarung erneuert werden. In regelmäßigen Abschnitten nimmt der Verein neue Kommunen in das Vorhaben "Kinderfreundliche Kommunen" auf. Daher sollte der Bezirk Pankow eine Bewerbung als Kinderfreundliche Kommune prüfen. Die Kosten für das Verfahren betragen für Großstädte 16.000 Euro pro Jahr. Eine Einschätzung der Kosten und Nutzen für den Bezirk sollte Bestandteil der Prüfung sein.

Bisher sind folgende Kommunen beteiligt: Senftenberg (26.000 Einwohner), Weil am Rhein (30.000 Einwohner), Hanau (90.000 Einwohner), Wolfsburg (120.000 Einwohner), Regensburg (156.000 Einwohner), Köln (1.000.000 Einwohner), Algermissen (8.000 Einwohner), Amelinghausen (8.296 Einwohner), Potsdam (165.000 Einwohner), Remchingen (12.000 Einwohner), Taunusstein (28.000 Einwohner), Wedemark (29.000 Einwohner), Wiesbaden (274.000 Einwohner)

 Überwiesen in den Kinder- und Jugendhilfeausschuss (federführend) sowie in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Bürgerdienste, Wohnen und GO.

**Antrag:****Gender Budgeting ernst nehmen (Drs. VII-1028)**

Das Bezirksamt wird ersucht, vor jeder Haushaltsplanaufstellung regelmäßig die Gender Budget-Analyse auszuwerten und Veränderungen des Anteils von Frauen und Männern beziehungsweise Mädchen und Jungen an den bezirklichen Ausgaben zu bewerten sowie gegebenenfalls Maßnahmen zu entwickeln, wie die Mittel gerechter zwischen den Geschlechtern verteilt werden können. Jede Abteilung soll im Zeitraum eines Haushaltes/Doppelhaushaltes mindestens eine solche Maßnahme durchführen.

Ferner wird das BA ersucht, bei der Aufstellung künftiger Haushaltspläne die Gehaltsentwicklung bei den beamteten und angestellten Beschäftigten getrennt nach Frauen und Männern jeweils für die Ämter und Abteilungen darzustellen und so die Gehaltsschere zwischen Frauen und Männern zu dokumentieren. Die Auswertung soll in das bezirkliche Personalentwicklungskonzept einbezogen werden.

Der BVV ist jährlich über den aktuellen Stand des Gender Budget und der Umsetzung der Maßnahmen zu berichten.

---

Gender Budgeting basiert darauf, dass es keine neutrale Haushalts- und Finanzpolitik gibt, sondern dabei immer Prioritätensetzungen impliziert sind. Diese Prioritäten werden im Haushalt des Landes Berlin auf ihre geschlechterspezifischen Wirkungen hin analysiert. Zusammenfassend geht es darum, zunächst geschlechterdifferenzierte Ausgabentransparenz zu schaffen und dann auf dieser Grundlage die Auswirkungen von Maßnahmen zu betrachten, um so schließlich die finanzielle Ressourcenverteilung zwischen Frauen und Männern sowie Mädchen und Jungen geschlechtergerechter ausgestalten zu können.

Die geschlechterdifferenziert erhobenen Daten und Analysen sind ein Indikator dafür, inwieweit haushaltsrelevante Entscheidungen gezielt verändert werden müssen. Diese Erkenntnisse sind aber erst dann „nicht umsonst“ erhoben, wenn sie zu entsprechenden (fach-)politischen Konsequenzen führen und beispielsweise unmittelbar für die Zwecke einer geschlechtergerechten Sport- oder Bildungsförderung genutzt werden. Möglicherweise können durch so gewonnene Erkenntnisse und deren Umsetzung in konkrete Förder- oder andere Maßnahmen sogar Folgekosten vermieden werden. Allerdings wird Gender Budgeting derzeit noch zu wenig genutzt, um tatsächlich zu einer gendergerechten Verteilung öffentlicher Gelder zu kommen. Dabei verfügt der Bezirk Pankow über einen Grundstock an Erfahrungen. So wurden z.B. Männer als Nutzer der Bibliotheken mittels Online-Arbeitsplätzen gewonnen und Frauen als Kundinnen der

Wirtschaftsförderung gezielt angesprochen.

Gender Budgeting gelingt nur, wenn es in allen Phasen der Haushaltsaufstellung und der Haushaltswirtschaft angewendet wird. Um dies erfolgreich im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit sicherzustellen, ist eine Teilnahme des Bezirks an dem zum Haushaltsjahr 2013 erstmals ausgeschriebenen Wettbewerb für Gender-Budgeting-Verfahren zu empfehlen. Das zweite Ersuchen zielt auf die Gender Pay Gap ab: Im Haushalt der Senatsverwaltungen werden unter dem Stichwort "Gender Budget" Gehälter und Löhne getrennt nach Frauen und Männern für die verschiedenen Abteilungen dargestellt. Dies kann als Beispiel für eine bezirkliche Darstellung der Gehaltsstruktur dienen. Die Ergebnisse sollten mit in das Personalentwicklungskonzept einfließen, um auch hier zu einer geschlechtergerechten Verteilung der Mittel zu kommen.

➔ Überwiesen in den Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien (federführend) sowie in den Ausschuss für Wirtschaft, Gleichstellung und Städtepartnerschaften.

**Antrag:****Kniprodestraße 94/96: Stellplatznutzung für die AnwohnerInnen wieder ermöglichen (Drs. VII-1029)**

Die BVV Pankow empfiehlt dem Bezirksamt, sich gegenüber der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) dafür einzusetzen, dass den Anwohnerinnen und Anwohnern die Nutzung der vorhandenen Stellplatzanlage im hinteren, zur Bahnstrecke gelegenen Bereich der Kniprodestraße 94/96 wieder ermöglicht wird.

---

Die Fläche befindet sich im Fachvermögen der BIM und ordnet sich in den Bebauungszusammenhang zwischen der Storkower- und der Kniprodestraße zwischen viergeschossigen und in Zeilenbauweise errichteten Wohngebäuden sowie der Bahnstrecke ein. Es handelt sich um einen unbeplanten Innenbereich gemäß § 34 BauGB.

Bis Oktober 2014 wurde die Fläche als Stellplatzanlage durch die Anwohnerinnen und Anwohner genutzt. Für erforderliche Baumschnittarbeiten wurde die Stellplatzanlage gesperrt. Diese wurden im Januar 2015 an zwei Tagen durchgeführt. Die Stellplatzanlage ist aber immer noch gesperrt. Ein sachlicher Grund für die Sperre liegt nicht mehr vor.

Im Rahmen der Kleinen Anfrage 803/VII wurde durch das Bezirksamt ausgeführt, dass sich der Parkplatz in einem Bereich befindet, der Nebenanlagen bzw. Stellplätzen vorbehalten ist und dass Hauptnutzungen in diesem Bereich unzulässig sind. Die Nutzung als Stellplatz wurde im Jahr 2006 auf Anfrage des damaligen Liegenschaftsfonds positiv beschieden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass

- seitens der BIM keine konkreten Nutzungsvorstellungen bestehen und dieser anscheinend auch keine Nutzungsanfragen Dritter vorliegen,
- die Genehmigung für eine Wohnbebauung oder für nennenswerte Gewerbebebauung nicht in Aussicht gestellt werden kann, und
- möglicherweise vorhandene bezirkliche Bedarfe in größerem Umfang einer Schule ebenfalls nicht realisierbar sind.

Vor diesem Hintergrund möchte die BVV Pankow den Anwohnerinnen und Anwohnern die Nutzung der für diesen Zweck geeigneten Fläche als Stellplatzanlage wieder ermöglichen.

 Überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen.

**Pressemitteilung vom 23.09.2015**

## **Finanzplanung mit klarer sozialdemokratischer Handschrift**

*Die SPD-Fraktion Pankow zum Beschluss des bezirklichen Doppelhaushalts 2016/17*

In der heutigen 34. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow werden die Bezirksverordneten über den Entwurf zum Doppelhaushalt 2016/17 abstimmen. Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin und Vorsitzende der SPD-Fraktion, Rona Tietje:

„Die Beschlussempfehlung zum Haushaltsentwurf war Gegenstand langer und zum Teil kontroverser Debatten. Dennoch ist es uns gelungen, eine Verständigung über die rot-grüne Zählgemeinschaft hinaus zu erreichen und so den Bezirk in den kommenden Jahren mit breiter Basis auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen. Mindereinnahmen durch eine Neuberechnung von Zuweisungen in Höhe von etwa 1,2 Mio. Euro pro Haushaltsjahr, massive Absenkungen bei den Einnahmenvorgaben und das Konsolidierungskonzept des Bezirks Pankow bildeten eine schwierige Ausgangssituation. Dennoch haben wir es nicht nur geschafft, Kürzungen gegenüber 2014 zu vermeiden, sondern konnten als Sozialdemokraten zudem wichtige Schwerpunkte setzen: Dazu gehört in erster Linie die längst überfällige Anpassung der Personalkosten bei freien Trägern um 2,3% im Jahr 2016 und noch einmal rund 2% im Jahr 2017. Hinzu kommt eine Stärkung des Sozial- und des Integrationsbereichs sowie eine Ausweitung der Mieterberatung. Außerdem treffen wir Vorsorge für den wachsenden Bezirk, indem wir die benötigte Infrastruktur u.a. durch eine Sportentwicklungsplanung und das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Heinersdorf vorantreiben. Die Gegenfinanzierung wird maßgeblich durch höhere Einnahmen bestritten, die sich aus dem stetigen Bevölkerungszuwachs des Bezirks ergeben. Dieser führt also einerseits zu Handlungsbedarf, birgt andererseits aber auch enorme Chancen für Pankow.“